

Steinherr, Alfred

Article

Großer Sprung im zweiten Anlauf: 30 Jahre Wirtschaftsreformen in China

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Steinherr, Alfred (2008) : Großer Sprung im zweiten Anlauf: 30 Jahre Wirtschaftsreformen in China, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 51/52, pp. 825-836

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151721>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Großer Sprung im zweiten Anlauf – 30 Jahre Wirtschaftsreformen in China

Im Dezember 2008 jährt sich der Beginn der wirtschaftlichen Öffnung Chinas zum dreißigsten Mal. Der Wachstumsschub der Volksrepublik China seit 1978 übertrifft alles bisher Bekannte. Diese Dynamik ist umso beachtlicher, blickt man auf den gesamten Zeitraum seit der Gründung der Volksrepublik im Oktober 1949 zurück: Obwohl die Jahre 1949 bis 1978 einer Katastrophe gleichkamen, die Ausgangslage für die folgenden 30 Jahre kaum ungünstiger sein konnte, wird die Bilanz zur 60-Jahr-Feier der Volksrepublik zumindest aus ökonomischer Sicht außerordentlich positiv ausfallen.

Seit der Öffnung und dem wirtschaftlichen Aufstieg zur zweitgrößten Wirtschafts- und Handelsmacht hat China Japan überholt und aufgeschlossen zur Europäischen Union als wichtigstem wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger nach den Vereinigten Staaten. Diese Bedeutung Chinas spiegelt sich noch nicht in den Quoten von Weltbank und Währungsfonds oder der G8-Gruppe wider, aber dies ist nur eine Frage der Zeit.

Wenn China das Wachstum der vergangenen Jahrzehnte aufrechterhalten kann, wird es in weniger als 15 Jahren die Vereinigten Staaten als größte Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt ablösen. Die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. China hat noch große ungenutzte Arbeitsreserven, ist Nettogläubiger der restlichen Welt und verfügt daher über Devisenreserven in einer bislang unerreichten Größenordnung, ist bald der größte Binnenmarkt der Welt und bleibt weiterhin attraktiv für ausländische Direktinvestoren. Reformen des Finanzwesens und Liberalisierung der Zahlungsbilanz können zusätzliche Wachstumsschübe auslösen. Die gegenwärtige Finanzkrise lässt China nicht unberührt, hat aber keinen nachhaltigen Einfluss auf die langfristige Entwicklung.

Bis zur Machtübernahme durch die Qing Dynastie (1644–1912) war China ein hoch entwickeltes Land, in den angewandten Wissenschaften und den Künsten Europa weit voraus. So lag beispielsweise noch bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Anteil Chinas an der Weltproduktion deutlich über dem Großbritanniens. Mehrere Ursachen sind für den Stillstand im 17. und 18. Jahrhundert und den raschen Niedergang im 20. Jahrhundert verantwortlich.

Den Qing, den ungeliebten Herrschern aus der Mandschurei, ging es vor allem um die militärische Machterhaltung. Dabei stützten sie sich auf die bewährten chinesischen Institutionen, ohne diese aber weiterzuentwickeln, wie etwa die Verwaltungsstrukturen. Bis zum Ende des Imperiums war es unmöglich, wie etwa im Nachbarland Japan mit der Meiji-Reform, in der Verwaltung die Bereitschaft für Modernisierung und Wandel zu wecken.

Die Bevölkerungszahl stieg zwischen 1700 und 1850 von 150 Millionen auf 410 Millionen. Während dieses Zeitraums blieb der Umfang der imperialen Verwaltung jedoch unverändert, mit dem Ergebnis einer immer unzureichenderen Bewältigung der Verwaltungsaufgaben. Die Verarmung der Landbevölkerung und die zunehmende Schwäche der staatlichen Instanzen führten zu einer Reihe von Aufständen, deren umfangreichste die Taiping-Revolution von 1850 bis 1864 war. Die enorm hohe Zahl von Todesopfern von rund 20 bis zu 50 Millionen Toten führte zu einem Bevölkerungsrückgang auf etwa 350 Millionen im Jahr 1873.

Die westlichen Mächte, vor allem Großbritannien, nutzten die offensichtlichen Schwächen, beginnend mit dem Opium-Krieg (1839–1841). Großbritannien kaufte Tee in Kanton, konnte aber seine Industriegüter wegen mangelnder Nach-

Alfred Steinherr
steinher@eib.org

frage in China nicht absetzen. Großbritannien verkaufte Industriegüter in Indien, „schuf“ die Opiumnachfrage in China, deckte diese Nachfrage mit Opium aus Indien und schloss somit den Kreislauf. 1841 wurde Hongkong „erworben“ und die Fühler nach weiteren Handelsstützpunkten ausgestreckt. Die Anglo-Französische Invasion 1856–60 sicherte sich kostenlose Niederlassungsrechte mit autonomer Verwaltung und Steuerfreiheit und später das Recht der Zollverwaltung und -einnahmen.

Der verlorene Krieg gegen Japan 1894–95 führte zum Verlust der Südmandschurei (Korea) und Taiwans (an Japan). Als eine Gruppe von Chinesen sich zu einem Geheimbund mit antiwestlicher Einstellung zusammenschloss, kam es im Jahr 1900 zum sogenannten Boxer-Aufstand, an dessen Niederschlagung sich auch das Deutsche Reich beteiligte.

Die wirtschaftliche Modernisierung Chinas wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts von mehreren Faktoren blockiert. Der Überschuss an menschlicher Arbeitskraft machte Investitionen in mechanische Kraft und Maschinen weitgehend überflüssig. Die Führungsschicht konnte die Vorteile der westlichen Entwicklung nicht erkennen, denn nach ihrem Weltbild war das Reich der Mitte das Zentrum der Welt, geistig überlegen und von der Landmasse und der Bevölkerung her dominierend. Auch die äußeren Rahmenbedingungen schwächten das Land weiter: Die in einen mehr als zwanzigjährigen Bürgerkrieg mündenden Aufstände und Revolten und die militärische Expansion Japans seit 1931 untergruben jede Aussicht auf eine stabile wirtschaftliche Entwicklung.

1949–1978: Die Agonie der Mao-Jahre

Nach dem Stillstand von 1600 bis 1900, dem Bürgerkrieg und der japanischen Invasion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert stand die kommunistische Regierung 1949 vor einem Trümmerhaufen – selbst das kriegszerstörte Deutschland hatte 1945 ungleich bessere Startbedingungen. So gab es in China keine zerstörten Fabriken, die man hätte wieder instandsetzen können, keine wieder zu errichtenden Handelsbeziehungen, keine Hochschulen, keine industrielle Erfahrung. Eine weitgehend analphabetische Bevölkerung stand einer unerfahrenen Führungsschicht ohne akademische oder praktische zivile Ausbildung gegenüber. Der Abzug der Nationalisten nach Taiwan und vieler Unternehmer nach Hongkong hinterließ ein Vakuum, verstärkt durch „Reinigungskampagnen“ unter den verbliebenen Füh-

rungskräften. Die Lebenserwartung lag 1950 bei 36 Jahren.

Die erste Aufgabe des neuen Staates bestand darin, eine Verwaltung aufzubauen. Die Landwirtschaft wurde verstaatlicht, zuerst mit einer erfolgsabhängigen Vergütung für die Belegschaft. Wenige Jahre später wurden Löhne eingeführt. Die Industrie, die schon unter den Nationalisten zu zwei Dritteln von der Nationalen Vermögensverwaltung kontrolliert wurde, wurde zügig verstaatlicht. Kleinbetriebe blieben in privater Hand. Das Ziel, vom Ausland möglichst unabhängig zu werden, erforderte die Errichtung der Schwer- und Maschinenbauindustrie. Der stalinistische Weg, diese Entwicklung durch Verzicht auf einen Anstieg des privaten Konsums und durch Konfiszierung des Überschusses der landwirtschaftlichen Produktion zu finanzieren, war in China nur beschränkt möglich. Verbrauchsgüter waren nachrangig wie auch der Wohlstand der Bevölkerung, aber die Landwirtschaft, in der 90 Prozent der Bevölkerung beschäftigt waren, konnte nicht völlig ausgepresst werden.

Die Sowjetunion half mit 10 000 Spezialisten. Bis zum Bruch 1960 wurden 28 000 Chinesen in der Sowjetunion ausgebildet. Finanziell war die sowjetische Unterstützung jedoch mager: Nur vier Prozent der Investitionen in der Industrie wurden durch sowjetische Kredite (keine Zuwendungen!) finanziert. Vom Westen gab es natürlich keine Hilfestellung.

Dennoch gab es bis 1958 durchweg Erfolge zu verzeichnen. Die kriegsbedingte Hyperinflation wurde rasch unter Kontrolle gebracht durch Lohnzahlungen, die gekoppelt waren an einen aus Grundnahrungsmitteln und anderen Bedarfsgütern bestehenden Warenkorb. Das durchschnittliche jährliche Wachstum betrug für den ersten Fünf-Jahres-Plan (1953–57) 8,9 Prozent. Die Bevölkerung stieg von 560 Millionen im Jahr 1952 auf 630 Millionen 1957, das Pro-Kopf-Einkommen stieg um rund fünf Prozent pro Jahr. Der Bevölkerungsanstieg ist nur zu verstehen, wenn man berücksichtigt, dass die Lebenserwartung sehr rasch anstieg, und zwar bis 1958 auf 57 Jahre. Gleichzeitig förderte die KPCh eine hohe Geburtenrate.

Zwar sind erhebliche Zweifel an diesen offiziellen Daten angebracht. Unzweifelhaft indes ist, dass sich der Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung bis 1958 deutlich verbesserte.

1956 wurde die „Hundert-Blumen-Kampagne“ gestartet. Intellektuelle wurden aufgefordert, die aufgeblähte Bürokratie und ihre Methoden zu

kritisieren, aber bitte nicht antagonistisch. „Intellektuelle“ in der damaligen Definition waren Absolventen der Oberschulen, wovon es 1956 etwa fünf Millionen (nur 0,8 Prozent der Bevölkerung) gab.

Die „Hundert-Blumen-Kampagne“ richtete sich gegen ein grundlegendes Problem aller sozialistischen Systeme: Parteifunktionäre hatten nicht immer die erforderliche Ausbildung oder Erfahrung, waren nicht motiviert, wirtschafteten in die eigene Tasche und erfüllten nicht die Planziele. Mao sah in der Aufblähung des Verwaltungsapparates und in dem Machtanspruch der Spitzenbeamten die Gefahr einer Wiederholung der alten, imperialen Machtstrukturen. Zuerst hielten sich die Intellektuellen bedeckt. Als aber 1957 auch Kritik innerhalb der KPCh laut wurde, wagten sich Intellektuelle aus ihrer Reserve. Nach fünf Wochen wurde die gesamte Bewegung gestoppt und ersetzt durch eine Anti-Rechts-Elemente-Kampagne, nämlich gegen Intellektuelle. 400 000 bis 700 000 „Intellektuelle mit Rechtsdrill“ wurden „versetzt“.

Die nächste Initiative Maos war der „Große Sprung nach Vorne“ (1956–60). Dieses Mal versuchte er sich als Wirtschaftsexperte. Mao hatte erkannt, dass das stalinistische Modell in China nicht funktionieren konnte. Anstatt Ressourcen aus der Landwirtschaft in die Industrie zu kanalisieren und die ländliche Bevölkerung in die Städte zu locken, erschien es Mao sinnvoller, in den ländlichen Gebieten mit ihrem Überschuss an Arbeitskräften und dem stetigen Problem der Unterbeschäftigung die Agrar- und die Industrieproduktion zu steigern. Dafür, so die Annahme, benötige man keine großen Investitionen, sondern eine Beflügelung der Landbevölkerung durch revolutionäre Überzeugung und in Selbstverzicht mündenden Eifer. Mit so viel ungenützter Muskelmasse konnten Dämme gebaut, Kanäle gezogen, Neuland gewonnen, in der Bratpfanne Eisen geschmolzen und mit Hammer und Zange Werkzeug gebastelt werden. Die Ideen waren nicht ganz neu und erinnern an die großen Leistungen in der chinesischen Geschichte im Damm- und Kanalbau oder beim Bau der chinesischen Großen Mauer.

30 Millionen Hungertote beim „Großen Sprung“

1958 fiel die Ernte noch gut aus. 1959 wurde aber ein Katastrophenjahr, auch bedingt durch ungünstiges Wetter. Während die Bauern damit beschäftigt waren, die Revolution in den Gräben zu gewinnen, wurden die Felder vernachlässigt. Eine

Hungernot breitete sich über weite Teile Chinas aus. Bis zu 30 Millionen Menschen verhungerten oder fielen Krankheiten zum Opfer. In den offiziellen Zahlen ist davon nichts sichtbar, hier wurde die Produktion sogar verdoppelt. Dabei ging selbst die Industrieproduktion zurück, da der ganze Parteiapparat mit dem „Großen Sprung“ beschäftigt war.

Der Prestigeverlust Maos war erheblich. Im Zentralkomitee tobten erbitterte Kämpfe, das von nun an in zwei Lager geteilt war. Mao war der Führer der romantischen Landbevölkerungsmobilisierung, Liu Shaoqi und Deng Xiaoping hingegen vertraten das Prinzip individueller Verantwortung. 1960 erfolgte das Zerwürfnis mit der Sowjetunion, in dessen Folge Chruschtschow überraschend alle sowjetischen Berater aus China abzog.

Den Machtkampf mit den Pragmatikern gewann Mao mit dem Ausbruch seiner Großen Proletarischen Kulturrevolution. Im engeren Sinne dauerte die Kulturrevolution von Ende 1965 bis April 1969, im weiteren Sinne bis 1976. Sie erfolgte in vier Phasen und verfolgte das Ziel, den „Revisionismus“ zu eliminieren und revolutionäre neue Strukturen zu schaffen.

In der ersten Phase bis Sommer 1966 gewann Mao im Zentralkomitee die Oberhand und konnte den Kampf gegen den „Revisionismus“ durchsetzen. In der zweiten Phase bis Ende 1966 wurden die Roten Garden (zum Großteil rekrutiert in der sehr jungen Bevölkerung) aufgestellt, um die „Vier Alten“ (alte Ideen, Kulturen, Traditionen und Gewohnheiten) zu verfolgen und zu bestrafen. In der dritten Phase von Januar 1967 bis Mitte 1968 übernahmen die Roten Garden die Macht. Somit brachen Zwistigkeiten zwischen Radikalen und Konservativen aus, das revolutionäre Momentum zerbröckelte und es gab keine klaren Antworten auf die Frage, was genau macht man mit der Macht? Mitte 1968 rief Mao die Volksarmee und demobilisierte die Roten Garden. In der vierten Phase, von Mitte 1968 bis April 1969 organisierte Mao die Partei neu und das Militär gewann an Einfluss. Obwohl offiziell beendet, erfolgten die größten Exzesse nach 1969 in den militärischen Säuberungen.

Wir dürfen davon ausgehen, dass die offizielle Statistik vor allem für die Jahre 1966 bis 1976 wohlwollend gestaltet wurde. Wie viele Menschen ihr Leben verloren, wissen wir nicht. Die Schätzungen variieren zwischen wenigen Millionen und 30 Millionen. Dennoch soll in diesem Zeitraum die Bevölkerung um 170 Millionen gestiegen sein. Die Wirtschaft hat schwer gelitten durch die ständigen Unruhen, vor allem in den ersten

drei Jahren der Kulturrevolution. Führungskräfte und andere „Intellektuelle“ wie Parteifunktionäre, Lehrer, Forscher wurden in Arbeitslager verbannt oder kamen um. Die meisten Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Nach der offiziellen Statistik soll das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt von 1966 bis 1978 um mehr als 100 Prozent gestiegen sein und das Pro-Kopf-Einkommen um 70 Prozent. Ein chinesisches Wirtschaftswunder!

1978–2008: Der Eilmarsch zum Wohlstand

Zu Beginn der wirtschaftlichen Reformen 1978 war China bitterarm: Das Pro-Kopf-Einkommen lag bei 250 US-Dollar (kaufkraftbereinigt), bei einer Bevölkerung von knapp einer Milliarde Menschen. Bis 2007 hat sich das Pro-Kopf-Einkommen auf 5 330 US-Dollar erhöht – innerhalb von nur 30 Jahren also eine Verzwanzigfachung –,

die Bevölkerung auf mehr als 1,3 Milliarden Menschen.

Die fast zehn Jahre dauernde Kulturrevolution und die damit verbundene Schließung von Oberschulen und Universitäten, die Verfolgung der „Intellektuellen“ hinterließen tiefe Furchen in der Qualität der Führungsschicht. Die neue Führungsschicht um Deng Xiaoping hatte erkannt, dass ein fundamentaler Kurswechsel unumgänglich war. Dieser Kurswechsel hieß „Öffnung“ und „Motivation“. Die Öffnung für ausländische Investoren und für den internationalen Warenaustausch beendete die bisher autarke Entwicklungsstrategie. 1978 lag der Wert der Ein- und Ausfuhren bei etwa sechs Milliarden US-Dollar. Motiviert wurde vor allem die Landbevölkerung: Ihr wurde mehr „Eigenverantwortung“ übertragen durch eine schrittweise Abschaffung der kollektivierten Agrarbetriebe und die freie Vermarktung des Produktionsüberschusses, der nach Abzug der zu Interventionspreisen abzuführenden Quoten

Kasten 1

Chronologie der Reformen

1978	Beginn der Politik der „Offenen Tür“ für Außenhandel und ausländische Investitionen.
1979	Transfer der kollektivierten Agrarbetriebe an Haushalte; Kommunalbetriebe (township and village enterprises) werden aufgewertet.
1980	Schaffung von Sonderwirtschaftszonen.
1984	Zulassung von Privatunternehmen (mit weniger als acht Beschäftigten).
1986	Konkursmöglichkeit für Staatsunternehmen.
1988	Kommunalbetriebe beginnen an Bedeutung zu verlieren.
1990	Eröffnung der ersten Wertpapierbörse in Shenzhen.
1993	Politische Entscheidung zur Schaffung einer „Sozialistischen Marktwirtschaft“.
1994	Schaffung eines Gesellschaftsrechts; Abschaffung der multiplen Wechselkurse.
1995	Angestelltenverhältnis für die Beschäftigten in Staatsbetrieben.
1996	Völlige Konvertibilität für die Leistungsbilanz.
1997	Restrukturierung der Staatsbetriebe.
1999	Privatbesitz wird in der Verfassung verankert.
2001	China wird Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO).
2004	Eigentumsrechte werden in der Verfassung verankert.

verblieb. Diese zu Beginn weit unter Marktpreisen festgelegten Interventionspreise wurden im Laufe der Zeit an die Marktpreise angepasst, die Quoten verringert und in den 90er Jahren aufgehoben. Land konnte zwar nicht gekauft, aber langfristig gepachtet werden (Pachtverträge für 15 bis 30 Jahre). Zur Zeit ist auch eine Reform der Eigentumsrechte auf Agrarland in Vorbereitung (Kasten 1).

Chinesen waren immer schon Pragmatiker, die nicht viel von Theorie halten und daher auch keine Theorien entwickelten. Sie haben das Schießpulver, die Drucktechnik, die Navigationsinstrumente, Dammbau und Bewässerungsanlagen vor den Europäern entwickelt, aber bis zur Öffnung kein einziges bahnbrechendes Theorem in Mathematik oder Physik. In Einklang damit wurde keine neue Entwicklungstheorie entwickelt oder übernommen. „Den Fluss durchqueren, indem man den Fuß von einem Stein auf den nächsten setzt“, lautete Dengs Motto und Chinas Reformprogramm. Man testet in einer Provinz einen neuen Ansatz; führt er zu Erfolg, wird er weitergeführt. Bei Misserfolg wird er gestoppt. Die Kosten des Festhaltens am Status quo wurden dadurch für die Teilnehmer verdeutlicht wie auch die eigenen Risiken, Anpassungskosten und Gewinne. Nach dem Zick-Zack-Kurs der Mao-Jahre war die neue Ausrichtung glaubhaft, auch wenn der langfristige Erfolg nicht abschätzbar war. Ohne es zu wissen, war die Vorgehensweise Dengs in vollem Einklang mit den Erkenntnissen der modernen *Behavioural Economics*-Schule.

Ideologie wurde einen Rang tiefer gestuft in Einklang mit Dengs zweitem Prinzip: „Mich interessiert nicht die Farbe einer Katze, sondern nur ob sie Mäuse fängt“. 1987 wurde eine Dreischritt-Entwicklungsstrategie verabschiedet: Erster Schritt, das Bruttoinlandsprodukt von 1980 in zehn Jahren zu verdoppeln (Ziel vorzeitig erreicht); zweiter Schritt, das Bruttoinlandsprodukt von 1980 vor Ende des Jahrhunderts zu vervierfachen (Ziel vorzeitig erreicht); dritter Schritt, das Pro-Kopf-Einkommen bis 2050 auf das Niveau der mittel entwickelten Länder anzuheben, womit die Modernisierung Chinas aus Sicht der KPCh abgeschlossen sein wird.

Die Frage, wie sie sich nach der Wende in Osteuropa stellte, ob man schrittweise reformieren oder mit einem großen Paukenschlag alle Institutionen auf den Kopf stellen sollte, stellte sich in China nie. Im Gegensatz zu Osteuropa wurden die Reformen endogen ausgelöst, die politische Struktur stand nie zur Debatte. China war daher kein empirischer Beweis für den Vorteil einer schrittweisen Reformstrategie im fundamental

verschiedenen Kontext Osteuropas. Das Nebeneinander administrierter und marktdeterminierter Preise, die Konkurrenz von Staatsbetrieben mit privaten Unternehmen, die Allokation rationierter Vorleistungen der Staatsbetriebe zu Preisen, die noch in den Mao-Jahren festgesetzt worden waren, verzerrten in den ersten 20 Jahren der Reformen radikal den Wettbewerb und die Ressourcenallokation und trugen zum Anstieg der Korruption bei. Ein eher abschreckendes Beispiel für schrittweise Reformen. Doch das Bild hat sich gewandelt: Gegenwärtig finden 85 bis 95 Prozent der Transaktionen zu Marktbedingungen statt.

Die Umsetzung des von Deng vorangetriebenen Reformprogramms war nicht reibungslos. Die KPCh ist nicht aus einem Guss, Reformer mussten sich immer wieder gegen konservative Kräfte behaupten. Der entscheidende Test wurde auf dem Tian'anmen-Platz ausgetragen. In der chinesischen Tradition wird direkte Konfrontation vermieden. Sprachlich verweist man auf historische oder literarische Metaphern; handfeste Auseinandersetzungen überlässt man Stellvertretern oder Abgesandten. Tian'anmen war eine Auseinandersetzung zwischen den Radikalen, die die Studenten benutzten, und den Konservativen, die sich auf Eliteeinheiten der Armee verließen. Kurzfristig hatten die Konservativen gewonnen und das durch die wirtschaftliche Entwicklung induzierte Reformtempo im politischen Bereich verlangsamt, langfristig aber haben die Reformer das wirtschaftspolitische Ruder halten können. So zynisch es angesichts Tausender Tote klingen mag: Tian'anmen war Schattenboxen. Eine direkte Auseinandersetzung zwischen den reformfreudigen, wohlhabenderen Küstenprovinzen und den verarmten inneren Provinzen, in denen die konservativen Kräfte ihre Basis hatten, war keine wünschenswerte Alternative.

Landwirtschaft: Produktiver als in den USA

Der eigentliche Beginn der Reformen wurde in der Landwirtschaft gemacht. 1978 waren rund 330 Millionen Chinesen in der Landwirtschaft tätig und nur 100 Millionen in anderen Bereichen (25 Millionen in staatlichen Industriebetrieben, 15 Millionen in kommunalen Industriebetrieben, 6,5 Millionen in der Bauwirtschaft, 9 Millionen im Transportsektor und 18 Millionen in Handel, Gastronomie und Finanzwesen). Der von den Reformen ausgelöste Produktionsanstieg in der Landwirtschaft war rasant und stetig; erstmals stieg ab 1980 die Produktion hochwertiger Nahrungsmittel. 2007 waren immer noch 300 Millionen Menschen in der Landwirtschaft be-

schäftigt und produzierten 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die inzwischen erreichte Produktivität ist beachtlich: So entspricht Chinas landwirtschaftliche Nutzfläche nur 75 Prozent der amerikanischen, die Produktion indes liegt um insgesamt 30 Prozent höher.

Da die ländliche Bevölkerung weitgehend unterbeschäftigt war (und ist), eine Abwanderung aber weiterhin unerwünscht blieb, wurden die lokalen Verwaltungen ermutigt, kleine Industriebetriebe aufzubauen (*township and village enterprises – TVEs*). Diese waren rasch unerwartet erfolgreich. Ihr Erfolg führte allerdings auch zu unerwünschten Nebeneffekten wie erhöhter Korruption und ließ sie rasch an ihre Produktivitätsgrenzen stoßen. Mit der voranschreitenden Privatisierung verloren sie ab 1988 politische Unterstützung.

Die Industrie ist vorwiegend in den Ballungsgebieten entlang der Küste angesiedelt. Der Staat hat die natürlichen Vorteile der Küstenregionen (Bevölkerungskonzentration, geringere Transportkosten, höhere Bildung) noch mit der Gründung von Sonderzonen verstärkt. Shanghai hat einen Anteil von etwa zehn Prozent an der gesamten Industrieproduktion und die Ostküste insgesamt einen von 60 Prozent. Die vier reichsten Regionen befinden sich im Perlfussdelta (Guangdong), in der Yangtsemündung (Shanghai), im Bohaigolf und in der Peking-Tianjin-Liaoning-Region. Dadurch entstand ein weiteres Problem: Die Vertiefung der Kluft zwischen Küsten- und Inlandsprovinzen. Das rasante Wachstum blieb bis heute vorwiegend den Küstengebieten vorenthalten, mit steigenden Spannungen zwischen der noch ärmlichen Inlands- und der wohlhabenderen Küstenbevölkerung (Kasten 2).

Kasten 2

Chinas Wirtschaft heute

Die Industrie produziert in rund acht Millionen Betrieben 42 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und beschäftigt 22,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung von rund 800 Millionen. 15 Prozent der Industrieproduktion erfolgt in staatseigenen Betrieben, zusätzliche 25 Prozent in staatseigenen Holdinggesellschaften. Der Trend zeigt steil nach unten. Der höchste staatliche Einfluss wird auf folgende Sektoren ausgeübt (nach Wertschöpfung): Tabak (98,6 Prozent), Öl- und Gasförderung (93,8 Prozent), Wasser (86,7 Prozent), Kohleförderung (81,4 Prozent), Ölraffinerien (77,3 Prozent), Metallindustrie (je nach Quelle 46 bis 64 Prozent), Transportmittel (63 Prozent).

China hat einen Anteil an der weltweiten Industrieproduktion von etwa zehn Prozent und ist der größte Stahlhersteller in der Welt mit 420 Millionen Tonnen (2006) wie auch der größte Kohleproduzent, womit 70 Prozent der Binnenenergienachfrage gedeckt werden. Die Kohlevorkommen befinden sich im Norden des Landes, im Süden entstand für 24 Milliarden US-Dollar der größte Staudamm der Welt. Insgesamt ist China der drittgrößte Energieproduzent der Welt nach den USA und Russland und der zweitgrößte Verbraucher nach den USA.

Der Dienstleistungsbereich (der siebtgrößte der Welt) ist weit weniger entwickelt als die Industrie mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 40 Prozent. Tourismus trägt über fünf Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, wächst rasch und entspricht mehr und mehr dem internationalen Standard. China ist der zweitgrößte Internetnutzer nach den USA; 34 Prozent der Bevölke-

rung haben ein Mobiltelefon. Die Entwicklung der Natur- und Ingenieurwissenschaften wird mit großer Unterstützung vorangetrieben. Spitzenstudenten werden in den USA ausgebildet und sind nach ihrer Rückkehr international vernetzt. 2,8 Millionen Wissenschaftler sind in mehr als 5 000 staatlichen Forschungszentren, 3 400 universitären Forschungseinrichtungen und 14 000 Forschungszentren der Wirtschaft tätig. Biotechnologie und Computerwissenschaften gelten als vorrangig mit der Chance einer führenden Rolle weltweit. Nationaler Stolz ist die Raumforschung, mit einem erfolgreichen bemannten Raumsatelliten seit Oktober 2005. Auch in der Atomforschung hat China zu den westlichen Mächten aufgeschlossen.

Die Summe der Exporte und Importe stieg von unbedeutenden Beträgen 1978 auf 325 Milliarden US-Dollar 1997 und auf 1,8 Billionen US-Dollar 2006. China ist Mitglied der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) und wurde 2001 nach 15 Jahren Anwartschaft in die Welthandelsorganisation aufgenommen. Die wichtigsten Abnehmer für Chinas Ausfuhren sind (2007): Hongkong (17 Prozent), Japan (12,5 Prozent), die Vereinigten Staaten (21 Prozent), die ASEAN-Staaten (7 Prozent) und die EU (18 Prozent). 80 Prozent der Ausfuhr sind Industriegüter (Maschinen, Elektrotechnik, Textilien). Rohöl und andere Grundstoffe haben den Hauptanteil an den Einfuhren. Die wichtigsten Lieferanten sind Japan (17 Prozent), EU (12,5 Prozent), ASEAN (11 Prozent), Südkorea (11 Prozent) und die USA (8 Prozent). Der Exportanteil von Hochtechnologie-Gütern ist seit 1998 von 15 Prozent auf 30 Prozent gestiegen.

Vom Sozialismus zum Kapitalismus chinesischer Prägung

Die von Deng verfolgte Wachstumsstrategie beruht auf vier Säulen: dem Außenhandel, ausländischen Direktinvestitionen, einer extrem hohen Spar- und damit selbstfinanzierten hohen Investitionsquote und einer restriktiven Haushaltspolitik. Das klassische Entwicklungsproblem des „Twin deficits“ (Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite) wurde vermieden und somit verlief der Wachstumsprozess ungebremsst. Diese vier Kernelemente der wirtschaftspolitischen Strategie sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Außenhandel:

Wirtschaftskrise erzwingt Nachfrageverlagerung

Chinas Außenhandel war bislang das Hauptantriebsaggregat für das Wachstum. Bemerkenswert ist, dass die Führung auf eine exportgetriebene Wachstumsstrategie anstatt auf reine Importsubstitution setzte. Die Strategie Chinas stützt sich auf die Erkenntnis der Startschwäche und der späteren Stärke. Daher dient die Exportstrategie zur Perfektionierung der Produktion und der Weltmarktpenetration, um dann im wachsenden Binnenmarkt die Nachfrage auf Weltmarktniveau, aber mit Heimvorteil, befriedigen zu können.

Chinas Strategie eines exportgetriebenen Wachstumsprozesses hat die Welt mit Billiggütern überschwemmt und dadurch die Preise in den Empfängerländern stabilisiert. Das energie- und rohstoffintensive Wachstum hat aber auch die Rohstoffpreise weltweit erhöht und die *Terms of Trade* der Industrieländer (und Chinas) verschlechtert.

China hat mit seiner starren Bindung an den US-Dollar auch zur Liquiditätsschwemme der vergangenen Jahre erheblich beigetragen. Das Land ist der Angelpunkt der globalen Ungleichgewichte dieses Jahrzehnts, hat sich aber bisher immer den Vorstellungen der amerikanischen Regierung versperert, entweder durch eine kräftige Aufwertung des Yuan oder durch eine Förderung des Konsums zum Abbau der Ungleichgewichte beizutragen. Die chinesische Währung hat zwar seit Mai 2005 gegenüber dem US-Dollar um mehr als 15 Prozent aufgewertet, der reale effektive Wechselkurs verharrt 2008 aber immer noch auf dem Niveau von 2000. Das reale Aufwertungspotential ist daher weiterhin groß.

China erzielte im Jahr 2007 einen Leistungsbilanz-Überschuss von 370 Milliarden US-Dollar oder 11,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (zu Marktpreisen); es exportierte 40 Prozent des Brut-

toinlandsprodukts (zu Marktpreisen) oder 18 Prozent des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts. Im Hinblick auf die Rezession in den Industriestaaten stellt sich die Frage des Abhängigkeitsgrades Chinas von der Nachfrage in den Industriestaaten. Da Exporte mit Marktpreisen bewertet werden, das Bruttoinlandsprodukt aber die Wertschöpfung misst, ist zu berücksichtigen, in wie weit Exportgüter importierte Vorleistungen enthalten. Nach Schätzungen von UBS (2008) repräsentiert die Wertschöpfung der Ausfuhren 45 Prozent der Ausfuhrerlöse und somit ist der Abhängigkeitsgrad des chinesischen Wohlstands von Exporten (nicht der externen Kaufkraft) näher an zehn Prozent als an 40 Prozent. Die EU und die USA zusammen nehmen etwa ein Drittel der chinesischen Ausfuhren auf. Bei einem unverändert hohen Penetrationsgrad der chinesischen Ausfuhren (aufgrund des Preisspielraums der chinesischen Firmen eine realistische Annahme) würde daher ein Rückgang der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in den USA und der EU von 1,0 Prozentpunkten zu einem Wachstumsverlust von nur 0,1 Prozentpunkten in China führen.

Dies bedeutet nicht, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise China unberührt lässt. In jedem Fall wird die Krise Chinas Optionen einschränken und eine Nachfrageverlagerung erzwingen. Wenn es jedoch gelingt, zügig eine Umschichtung der Nachfrage von Exportmärkten auf die Binnen- nachfrage zu vollziehen (wie im Konjunkturprogramm der Regierung vorgesehen) und die ausländischen Direktinvestitionen nicht einbrechen, kann die Krise eine relativ moderate Auswirkung auf das chinesische Wachstum haben, unterstützt von den niedrigeren Rohstoffpreisen.

Ausländische Direktinvestitionen:

Kaum noch Beschränkungen

Um den Exportmotor anzuwerfen, waren moderne Technologien, modernes Management und Kenntnisse des Weltmarktes erforderlich. Ausländische Direktinvestoren wurden angelockt, vorwiegend durch das Wachstumspotential im bevölkerungsreichsten Binnenmarkt der Welt. Zu Beginn der 80er Jahre bevorzugte China ausländische Investitionen, die vorwiegend für den Export produzierten. Um den Wissenstransfer sicherzustellen, mussten Investoren Joint-Venture-Partnerschaften mit chinesischen Firmen eingehen. Je nach Vorrangigkeit des Sektors wurden die steuerlichen Vorteile gestaffelt.

Anfang der 90er Jahre wurden die bestehenden Einschränkungen weitgehend aufgehoben, nicht zuletzt, um den Einbruch der Direktinvestitio-

Tabelle 1

Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2007

Anteile in Prozent

	Industrie	Bauwirtschaft	Dienstleistungen	Landwirtschaft
USA	11,7	4,1	68,5	1,2
EU	19,7	6,6	51,6	1,7
China	42,0	5,5	40,0	12,5
Indien	22,0	6,8	51,0	20,5

Quelle: Statistisches Amt Chinas.

DIW Berlin 2008

nen nach dem Tian'anmen-Massaker wettzumachen. Ausländer konnten nun auch ohne Joint-Venture-Partnerschaften für den Binnenmarkt produzieren, und zwar unter Beibehaltung der steuerlichen Vorteile. Mit rasanter Geschwindigkeit ist China zum Nettogläubiger für die restliche Welt geworden, mit Devisenreserven von rund zwei Billionen US-Dollar (2008). Und dennoch bleibt das Interesse an ausländischen Direktinvestitionen bestehen, um den Wissenstransfer in Gang zu halten. 2006 betrugen die ausländischen Direktinvestitionen 14 Prozent und Chinas Direktinvestitionen im Ausland 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Summe des Leistungsbilanzüberschusses und der Netto-Direktinvestitionen beträgt über 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Damit hat China genügend Reserven für eigene Auslandsinvestitionen und um Rückschläge auffangen zu können. China wird zunehmend zum großen Direktinvestor in der restlichen Welt, um sich Rohstoffe und Absatzmärkte vor allem in Entwicklungsländern zu sichern.

Spar- und Investitionsvolumen: Die höchste jemals gemessene Sparquote

Seit 1990 liegt die nationale Sparquote bei über 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und erreichte 2007 50 Prozent. Eine dauerhafte Sparquote in dieser Größenordnung wurde bisher in der Wirtschaftsgeschichte von keinem anderen Land erreicht. Aus eigenen Mitteln kann China daher Anteile am Bruttoinlandsprodukt für Investitionen verwenden, die selbst Stalins brutale Zwangsmaßnahmen nicht ermöglichten. Während noch 1979 Staat und Unternehmen mehr als 90 Prozent der nationalen Sparquote stellten, ist die Sparquote der privaten Haushalte ständig gestiegen, zuletzt auf fast 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (die deutschen Haushalte sparen elf Prozent).

Diese extrem hohe Sparquote resultiert aus zwei strukturellen Besonderheiten der chinesischen Wirtschaft und des Sozialsystems. Die erste besteht darin, dass chinesische Haushalte für die Altersversorgung, die gesundheitliche Betreuung

und die Ausbildung der Kinder weitgehend selbst vorsorgen müssen. Der Staat hilft, indem Sparbeträge für Bildung oder Altersvorsorge, angelegt auf Bankkonten oder in Staatspapieren, gänzlich von der Steuer befreit sind. Die moderne, urbane Familie ist eine Drei-Kopf-Familie. Das Ziel einer Reduzierung des Bevölkerungswachstums konnte durch die Ein-Kind-Politik und den daraus resultierenden Rückgang der Fertilitätsrate von sechs um 1970 auf gegenwärtig 1,8 erreicht werden. Dadurch verbleiben den modernen Haushalten höhere Einkommen, die sie aber zu einem hohen Anteil in die Vorsorge für Alter und Notfälle investieren müssen.

Ein weiterer Grund für die hohe Sparquote liegt in der Finanzierung des Bildungssystems. In Deutschland und vielen anderen Staaten ist die schulische Ausbildung kostenlos; im kommunistischen China entsprechen die Studiengebühren an den Universitäten in etwa einem Facharbeiterjahresgehalt. Auch für Grund- und Oberschulen sind Schulgebühren weit verbreitet. Viele chinesische Familien legen daher mit der Geburt eines Kindes Geld auf die hohe Kante für die spätere Ausbildung. Der durchschnittliche deutsche Haushalt führt ein Viertel des Einkommens (mit den Arbeitgeberbeiträgen) in die Renten- und Krankenkassen ab. Grob gerechnet entspricht dies rund zwölf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Müsste dieser Betrag nicht abgeführt sondern gespart werden, ergäbe sich auch in Deutschland eine Haushaltssparquote von etwa 23 Prozent, nur knapp unter der chinesischen.

Die zweite Strukturbesonderheit liegt in der Unterentwicklung des Finanzwesens, das eine Finanzierung von Konsumausgaben, Ausbildung oder Kauf einer Eigentumswohnung nur beschränkt vorsieht. Familien müssen daher jahrelang sparen, um ein Auto oder ein Haus kaufen zu können. Die für Sparer zur Verfügung stehenden Finanzinstrumente waren bislang beschränkt auf Bankeinlagen, Staatspapiere oder Aktien. Die festverzinslichen Erträge liegen unter den Marktsätzen für institutionelle Anleger und ergeben seit Jahren eine deutlich negative Realverzinsung. Weite Teile des Inlandes sind unterversorgt mit Bankdienstleistungen, sodass Geld buchstäblich unter der Matratze gespart werden muss. Wenn also eine Familie ein Sparziel hat, dann erzwingt allein die niedrige Verzinsung höhere Sparbeträge. Könnten chinesische Familien auch nur 50 Prozent des Immobilienerwerbs über Hypothekenkredite finanzieren, könnte die Sparleistung um drei bis vier Prozentpunkte sinken.

Der Beitrag der Unternehmen an der nationalen Sparquote ist deutlich gesunken. Größere

Konkurrenz im Inlandsmarkt durch Öffnung und Liberalisierung der Märkte und den stetigen Abbau von Privilegien für die staatsnahen Betriebe haben die exorbitanten Profite abgeschmolzen, aber die Wirtschaft verdient immer noch sehr gut, und kann das rasche Wachstum zum großen Teil aus den Gewinnen finanzieren. Die kleinen und mittleren Unternehmungen haben kaum Zugang zu Fremdfinanzierung, vor allem längerfristig, und müssen ihre Ausgaben über nicht ausgeschütteten Gewinn finanzieren. Auch der Staat trug bislang zu einer hohen nationalen Sparquote bei. Seit 1992 (vorher gab es keine Daten) erzielt der Staat vorwiegend Überschüsse. Der Vergleich mit Deutschland ergibt einen Swing von zwei bis fünf Prozent (Summe der chinesischen Überschüsse und der deutschen Haushaltsdefizite).

Wie nachhaltig ist die hohe Sparquote Chinas?

Aus Sicht der Wohlfahrtsoptimierung ist die Sparquote in China einerseits zu hoch, andererseits funktioniert der Finanzmarkt höchst ineffizient. Die hohen Überschüsse in der Leistungsbilanz entstehen dadurch, dass das Sparvolumen über dem Bedarf an Inlandsinvestitionen liegt. Eine Verringerung der Sparquote würde dazu beitragen, näher an einen optimalen Wachstumspfad heranzukommen. Eine Annäherung des chinesischen Finanzmarktes an westliche Standards durch Liberalisierung und Öffnung würde die Sparquote deutlich senken.

Gegenwärtig altert die chinesische Gesellschaft noch stärker als die deutsche. Im Schnitt verbrauchen Senioren ihre Ersparnisse, sodass die Streckung der Altersstruktur automatisch die Sparquote senken wird. Weiterhin sind Bestrebungen im Gange, ein nationales Rentensystem aufzubauen, das die Notwendigkeit des Vorsorge-sparens verringern wird. Die große Schwierigkeit dabei ist die Erfassung der Agrarbevölkerung, die immer noch 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Im ersten Schritt wird sich das Sicherheitsnetz auf die Industrie- und Dienstleistungsbereiche beschränken und damit die Kluft zur Landbevölkerung noch weiter vertiefen.

Die hohe Investitionsquote von mehr als 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht einem sehr rasch wachsenden Land mit einem hohen Bedarf an teurer Infrastruktur, modernen Wohneinheiten und Geschäftsimmobilien. Im Jahr 2007 wurden allein für die Transportinfrastruktur 169 Milliarden US-Dollar ausgegeben. 22 Prozent der Gesamtinvestitionen entfallen auf die Infrastruktur, 20 Prozent auf Wohngebäude, 15 Prozent auf Geschäftsbau und 32 Prozent

Tabelle 2

Staatsausgaben in China 2006

In Milliarden Yuan

Investitionen	439
Innovation, Wissenschaft & Technik	189
Industrie, Transport, Handel	58
Landwirtschaft	216
Kultur, Wissenschaft, Gesundheit, Bildung	743
Sozialausgaben	436
Verteidigung	298
Verwaltung	564
Subventionen	139
Bruttoinlandsprodukt	16 000

Quelle: Statistisches Amt Chinas.

DIW Berlin 2008

auf Ausrüstungsinvestitionen. Die übrigen rund zehn Prozent verbleiben in der Landwirtschaft und der ländlichen Infrastruktur. Angesichts der hohen Unternehmenserträge und der geringen Verschuldung fällt es schwer, die Investitionsquote als zu hoch zu bewerten.¹

Der Staatssektor: Anteil am Bruttoinlandsprodukt geringer als in den USA

Die Abgrenzung zwischen öffentlichem und privatem Bereich ist in China unscharf, da der Staat über Staatsunternehmen, Holdinggesellschaften mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung und über Kommunalunternehmen einen weitreichenden Einfluss ausübt. Die Verteilung der Ein- und Ausgaben zwischen der Zentralregierung und den Provinz- und Kommunalverwaltungen hat sich seit Beginn der Wirtschaftsreformen grundlegend verändert. Hatte die Zentralregierung 1978 noch 15,5 Prozent der Einnahmen und 47 Prozent der Ausgaben zu verzeichnen, stieg die Quote der Einnahmen 2006 auf 53 Prozent, die der Ausgaben verringerte sich auf 25 Prozent. Damit wurde das Ziel erreicht, die Zentralregierung deutlich zu stärken. Die Budgetdisziplin ist beeindruckend. Überschüsse werden häufiger erzielt als Defizite, die in den vergangenen Jahren nie die europäischen Maastricht-Kriterien verletzt hätten.

Die Überschüsse investiert der Staat massiv in die Infrastruktur. Von 2001 bis 2005 wurde mehr in Infrastruktur investiert als in den vorhergehenden 50 Jahren. Ende 2007 gab es 53 000 Kilometer Autobahnen – natürlich mautpflichtig – und 78 000 Kilometer Bahnstrecken.

¹ Eine Weltbankstudie kommt zu dem Ergebnis, dass die Lohnquote an der Industrieproduktion von 24 Prozent im Jahr 1998 auf 17 Prozent im Jahr 2005 gesunken ist. Gleichzeitig stieg die Produktion steil an.

Trotz hoher Einnahmen und Investitionen: Der Umfang des Staatshaushaltes (ohne Investitionen) liegt mit weniger als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts unter dem amerikanischen. Auch die Ausgabenstruktur ist näher an der amerikanischen als an der europäischer Länder mit sozialer Marktwirtschaft. Angesichts dessen ist man als unvoreingenommener Beobachter geneigt, die chinesische Wirtschaftsstruktur als grundlegend kapitalistisches System einzustufen. Sozialausgaben sind bescheiden und betragen nur rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Kultur, Wissenschaft, Gesundheit und Bildung machen weitere 4,5 Prozent aus.

Chinas Wachstum seit 1979: Wachstumsfaktoren, Wohlfahrtsanstieg, Nachhaltigkeit

Die chinesische Wachstumsstrategie mit den vier Säulen Stärkung der Ausfuhr, Attrahierung von ausländischen Direktinvestitionen, hoher Spar- und niedriger Staatsquote muss an ihrem Erfolg gemessen werden. Seit 1979 ist das Bruttoinlandsprodukt im Schnitt um fast zehn Prozent jährlich gestiegen; von 1979 bis 1988 um satte zwölf Prozent, von 1988 bis 2003 um mehr als neun Prozent und seit 2003 wieder um fast zehn Prozent – jeweils pro Jahr. Eine Verlangsamung hat noch nicht stattgefunden. Mit Hilfe einer Produktionsfunktion kann das Wachstum in die Beiträge der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital und einen Restposten, das sogenannte Solow-Residuum, das im Allgemeinen als Verbesserung der Produktionstechnologie interpretiert wird, zerlegt werden. Die Arbeitskräftereserven wurden mobilisiert, ohne sie zu erschöpfen. Sie haben nur 1,5 Prozentpunkte in der ersten Phase und zuletzt nur noch 0,3 Prozentpunkte beigetragen. Der Pro-Kopf-Kapitalstock ist um 7,5 Prozent jährlich gestiegen und hat den größten Wachstumsbeitrag geliefert mit etwa fünf Prozentpunkten. Das Solow-Residuum ist stetig von 5,6 Prozentpunkten in der ersten Phase auf zuletzt 2,8 Prozentpunkte gesunken. Seit 1978 lag es im Durchschnitt bei 3,7 Prozent. Es setzt sich wiederum aus drei Beiträgen zusammen: sektorale Umschichtung zu Gunsten von Sektoren mit höherer Produktivität; Bildung; und Multifaktorproduktivität. (In der Standardproduktionsfunktion wird vereinfachend eine Ein-Sektor-Ökonomie und ein homogener, invariabler Faktor Arbeit unterstellt.) Sektorale Umschichtung trug vor allem zu Beginn mehr als zwei Prozentpunkte bei, zuletzt nur noch geringfügig, da die Struktur der Wirtschaft immer mehr von Marktbedingungen geprägt wird. Die Umschichtung von Arbeitskräften aus der

Landwirtschaft in die Industrie- und Dienstleistungsbereiche und die geringere Bedeutung von Staatsbetrieben haben diesen Beitrag geprägt. Bildung hat einen stetigen Beitrag von etwa einem Prozentpunkt geliefert. Der Beitrag der Multifaktorproduktivität schwankte zwischen einem und 3,5 Prozentpunkten.

Nach einem so langen und so hohen Wachstum stellt sich die Frage, wie wohlhabend ist China? 2007 betrug das Bruttoinlandsprodukt in Marktpreisen berechnet 3 238 Milliarden US-Dollar oder 2 500 US-Dollar pro Kopf. Durchschnittswerte verschleiern allerdings die sehr ungleiche Einkommensverteilung. 300 Millionen Chinesen haben keinen Zugang zu Trinkwasser und gleichzeitig hat China nach den Vereinigten Staaten die größte Anzahl an Milliardären. Allerdings hat der die Einkommensverteilung messende Gini-Koeffizient im Laufe der Entwicklung stetig abgenommen; damit sank die Ungleichheit.

Für einen internationalen Vergleich ist eine Kaufkraftkorrektur erforderlich, denn die sehr niedrigen Lohnkosten ergeben deutlich niedrigere Preise für vergleichbare nicht handelbare Güter. Eine OECD-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass der Kaufkraftfaktor nur sehr schwer schätzbar ist, aber zumindest gegenwärtig eine Verdoppelung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen ergibt. Diese Korrektur wird sich bei steigendem Lebensstandard und der Lohnkonvergenz verringern. Für 1975 betrug sie noch das Zwölfwache.

China hatte also 2007 kaufkraftbereinigt ein Pro-Kopf-Einkommen von 5 325 US-Dollar (Deutschland von 35 000 US-Dollar) oder rund 16 Prozent des deutschen. Das chinesische Bruttoinlandsprodukt beträgt (kaufkraftbereinigt) 7,034 Billionen US-Dollar (Deutschland 2,81 Billionen US-Dollar). Es ist somit rund 2,5 Mal größer als das deutsche, halb so groß wie das amerikanische und das zweitgrößte der Welt. Demnächst wird China Deutschland als Exportweltmeister ablösen. Es hat bereits die größten Devisenreserven, hat die größten Banken der Welt und ist in zahlreichen Branchen die Nummer eins.

Wenn China weiter im Schnitt ein um sechs Prozentpunkte höheres Wachstum als die USA erreichen kann, wird China in spätestens 15 Jahren die USA überholen, mit einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa einem Drittel der USA. Doch kann China tatsächlich noch zehn Jahre lang mit acht bis zehn Prozent pro Jahr wachsen, in Anbetracht der Wachstumsverlangsamung anderer Staaten in der Vergangenheit?

Die Altersstruktur als zentrales Problem

Was seine künftigen Wachstumschancen betrifft, verfügt China über mehrere Trümpfe und sieht sich drei zentralen Problemen gegenüber. Das erste Problem ist die Altersstruktur, die eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und eine Absicherung der Altersversorgung erfordert. Das zweite Problem ist die ungleiche Entwicklung zwischen den Inlands- und den Küstenprovinzen. Große Infrastrukturinvestitionen sind bereits geplant, um die Entwicklung im Inland zu ermöglichen. Dafür werden riesige Fördermaßnahmen notwendig sein, die bereits beschlossen wurden. Von 2006 bis 2010 werden 300 000 km Landstraßen gebaut, ein Anstieg um 50 Prozent. Bis 2015 sollen die Bahnstrecken um 60 Prozent ausgebaut werden und 97 Flugplätze bis 2020. Weiterhin werden die Städte ausgebaut werden müssen, um die Land-Stadt-Migration von jährlich 10 bis 20 Millionen Menschen bewältigen zu können.

Das dritte Problem liegt in der energieintensiven Wirtschaftsstruktur und der damit verbundenen Umweltverschmutzung. Obwohl die Lebenserwartung in China mit der westlicher Länder vergleichbar ist, belastet die energieintensive Entwicklung die Umwelt erheblich. Ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation von 1998 stuft sieben Städte Chinas unter die zehn am meisten umweltverschmutzten Städte der Welt ein. Nur mit extremen Sondermaßnahmen konnte Peking die Bedingungen für die Olympischen Spiele 2008 erfüllen. Immerhin: Im zehnten Fünfjahresplan (2001–2005) wurde zum ersten Mal eine Verringerung der Umweltbelastung als Ziel angeführt, im elften Fünfjahresplan ein Absinken der Energieintensität um 20 Prozent bis 2010.

Die extreme Energieintensität Chinas und die damit verbundene Umweltverschmutzung sind im Übrigen nicht nur das Resultat des raschen Wachstums sondern auch der vielfältigen Subventionierung des Energieverbrauchs und der Tolerierung der Umweltverschmutzung. China hat dadurch einen Wettbewerbsvorteil bei CO₂-intensiven Gütern erworben und hat bei diesen Gütern einen Weltmarkt-Anteil von 31 Prozent. Doch es gibt Fortschritte: Erst Anfang Dezember beschloss die chinesische Regierung die längst erwartete Liberalisierung der Benzin- und Dieselpreise. Unter Ausnutzung der zurzeit niedrigen Weltmarktpreise wurden die Verbraucherpreise um das Zehnfache (!) erhöht.

Ein weiterer Faktor, der Anlass zu Optimismus gibt: Die Lösung der Probleme erfordert Finanz-

reserven, wovon China genügend hat. So lange Chinas Bevölkerung arm war, hatten ein soziales Sicherheitsnetz und Umweltbewusstsein einen niedrigen Stellenwert. Der wachsende Wohlstand zieht automatisch eine steigende Gewichtung beider Probleme nach sich und die chinesische Regierung hat bereits Kursänderungen vorgenommen. Auch beim Problem der heterogenen Entwicklung von Küsten- und Binnenregionen zeichnet sich ein Gegensteuern ab. So hat die gegenwärtige Finanzkrise eine verstärkte Ausrichtung der Investitionen auf die Inlandsprovinzen bewirkt.

Die Trümpfe Chinas hinsichtlich seiner künftigen Wachstumsaussichten sind die Arbeitsmarktreserven und die niedrigen Lohnkosten, das Reformpotential in den Staatsbetrieben mit geringer Produktivität, die enormen Finanzreserven sowie die Chancen einer Reform des Finanzmarktes – womit die Voraussetzung für die Liberalisierung des externen Kapitalverkehrs erfüllt wäre.

Arbeitsmarkt: Das Entwicklungspotential ist immens

Eine Betrachtung der weiteren Wachstumschancen erfordert auch einen Blick auf den Arbeitsmarkt. Ein hohes Wachstum stößt immer dann an seine Grenzen, wenn Vollbeschäftigung erreicht wird und die Löhne auf das internationale Niveau ansteigen. Mit 800 Millionen Berufstätigen hat China eine Erwerbsquote von ungefähr 60 Prozent (Deutschland: weniger als 50 Prozent). Ein erhebliches Erwerbstätigenpotential bietet die Landwirtschaft, in der immer noch 300 Millionen tätig sind, allerdings weitgehend unterbeschäftigt – bis zu 200 Millionen Arbeitskräfte könnten hier mittelfristig abgezogen werden.

Die Lohnkosten sind zwar vor allem bei Facharbeitern deutlich gestiegen, liegen aber für unqualifizierte Arbeitskräfte immer noch bei nur zehn Prozent der deutschen Lohnkosten. Die Lohnstückkosten liegen in der Industrie bei 50 Prozent der amerikanischen und bei unter 40 Prozent der europäischen. Auch beim Faktor Arbeit ist daher noch sehr viel Spielraum für einen stetigen Wachstumsbeitrag vorhanden.

Einen wichtigen Wachstumsbeitrag wird künftig auch weiterhin der Staatssektor liefern. Etwa die Hälfte der Beschäftigung und des Mehrwerts in der Industrie entfallen auf Staatsbetriebe, vom Staat über die Kapitalstruktur kontrollierte Firmen und Kollektivunternehmen. Noch 1998 waren es 70 Prozent. Auch die Rentabilität wurde deutlich gesteigert, aber im Durchschnitt verste-

cken sich viele ressourcenfressende Problemfälle. Insgesamt ist die Produktivität im nicht privaten Bereich deutlich niedriger. Wenn, wie geplant, der Trend der vergangenen Jahre fortgesetzt wird, sind auch aus dieser Quelle gespeiste Produktivitätssteigerungen weiterhin möglich.

Der Bankensektor wartet noch auf den großen Sprung nach vorn

Auch der bereits teilweise privatisierte, aber immer noch vom Staat kontrollierte Bankensektor, von der Konkurrenz abgeschottet durch die Kapitalverkehrskontrollen, hat einen großen Produktivitätssprung noch vor sich. Die meisten Probleme und Besonderheiten der chinesischen Wirtschaft haben mit dem unterentwickelten Finanzmarkt zu tun. Gegenwärtig beträgt die Inflationsrate fast zehn Prozent und langfristige Staatsobligationen haben eine Rendite von über drei Prozent oder einen Realzinssatz von minus sieben Prozent. Wer also Kredite bekommt, macht leichtes Geld zu Lasten der Sparer. Insgesamt führen der Staatseinfluss und der negative Realzins zu einer verzerrten Ressourcenverteilung.

Ausblick

China kann auf 30 Jahre zurückblicken, die das Land radikal modernisiert haben und in denen das Pro-Kopf-Einkommen rasant gestiegen ist. Möglich gemacht haben diesen Wachstumsrekord der extreme Rückstand und die Politik der allmählichen Öffnung und Modernisierung. Ausländische Investoren haben das Wachstumspotential erkannt und investieren massiv im bald größten Markt der Welt.

China hat genügend Reserven, um das Wachstum hoch zu halten: Arbeitsmarktreserven, Finanzreserven, Reformreserven und ein Inland, das noch zu entwickeln ist. Auch ein weltweiter Abschwung kann die Aufholjagd in China nicht entscheidend verlangsamen. Mit dem rasch wachsenden Wohl-

stand in Asien und den Bemühungen eine ostasiatische Freihandelszone zu schaffen, wird China immer weniger von der westlichen Welt beeinflusst werden und ist bereits zum Epizentrum der dynamischsten Region der Welt geworden. Der extrem hohe Außenhandelsüberschuss hat noch dazu seinen ökonomischen Sinn verloren. China sollte im eigenen Interesse umschichten zugunsten einer längst fälligen Erhöhung des Konsums und der notwendigen Infrastrukturinvestitionen für den Aufbau der Inlandsprovinzen.

Bisher haben die Kapitalverkehrskontrollen dem Land gute Dienste erwiesen und die Abschottung von der Asienkrise möglich gemacht. Eine Liberalisierung und Öffnung des Finanzmarktes ist nun aber an der Zeit. Die Ressourcenallokation würde dadurch rationalisiert und der Konsum beflügelt.

Die Währung der größten Außenhandelsnation der Welt wird, nach erfolgter voller Konvertibilität, zur dritten Weltwährung aufsteigen. Vor diesem Hintergrund wird das augenblickliche „Ein Land, zwei Systeme“-Arrangement mit Hongkong nur eine Übergangslösung bleiben. Mit der vollen Konvertibilität wird der Übergang abgeschlossen sein und Hongkong als Handels- und Finanzzentrum mit einem politischen Sonderstatus in die Yuan-Währungsunion aufgenommen werden. Mit drei großen Finanzzentren Shanghai, Shenzhen und Hongkong, auf dem Weg zur größten Wirtschaftsmacht der Welt, wird der Yuan zur dritten Weltwährung neben dem US-Dollar und dem Euro. Die Anteils- und Mitspracherechte Chinas in internationalen Organisationen wie dem Weltwährungsfonds und der Weltbank werden in der nahen Zukunft deutlich erhöht werden. China, immer noch aufgrund der Marktattraktivität ein Nettoempfängerland von Direktinvestitionen, hat bereits damit begonnen, die eigenen ausländischen Direktinvestitionen zu steigern. Als Nettofinanzinvestor ist China bereits die Nummer eins in der Welt. China ist nicht nur auf dem Wohlstandspfad sondern auch auf dem Weg zur Weltmacht.

JEL Classification:
O10, O530, P270

Keywords:
China,
Communism,
Market Economy,
Gradualism

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.